

„Der Briefetel-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., zuzüglich Beleggebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetel-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag im Preis von 5 Pfennig und von allen übrigen Anzeigen in der Geschäftsstelle im Preis von 10 Pfennig und von allen übrigen Anzeigen in der Geschäftsstelle im Preis von 10 Pfennig und von allen übrigen Anzeigen in der Geschäftsstelle im Preis von 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjägerrevier, Bergfelde, Frohau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 105

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Sonntag, den 4. Juli 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Arbeitsnachweis.
Mit Rücksicht auf die anwachsende große Arbeitslosigkeit in der hiesigen Gemeinde bitte ich alle Arbeitgeber dringen, bei Bedarf von Arbeitskräften sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 25, zu wenden.
Birkenwerder, den 3. Juli 1926.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Wolkenbruch-Katastrophe im Riejegebirge.

Fünf Eute. Häuser weggerissen. Brücken zerstört.
Hirschberg, 3. Juli. Auf das durch die vielen Niederschläge der letzten Zeit bereits vollgesehene Riejegebirge sind Freitag abend zwei schwere Wolkenbrüche niedergegangen, so daß das Erdreich das Wasser nicht mehr annehmen konnte und die gesamte niedergegangene Wassermenge reißlos zu Tal saß.
In Hirschdorf sind zwei Häuser weggerissen, in Hermsdorf unterm Knappst zwei Brücken zerstört und fünf Menschen ertrunken.
Die elektrifizierte Talbahn sowie die Krummhübler Bahn können vorläufig nicht verkehren.
In Krummhübel gleichen weite Strecken rechts und links von der Lomitz einem Trümmerfeld. Eine Brücke an der Talpforte in Krummhübel ist weggerissen worden und auch sonst viele Beschädigungen angebracht, die erst noch festgestellt werden müssen. Nachts sieht es im ganzen Gebirge aus.

Hindenburg greift ein.

Ein Brief an den Reichskanzler.
Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler Dr. Marx folgendes Schreiben gerichtet:
„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ich höre, daß das Kabinett angesichts des zu erwartenden Scheiterns der Gesetzesvorlage über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstlichen Häusern, über die Frage der Auflösung des Reichstages und die des Rücktritts der Reichsregierung berät. Ich möchte Ihnen hierzu meine Auffassung dahin kundtun, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstages aus innen- wie außenpolitischen Gründen zur Zeit nicht entschließen könnte, und daß ich aus denselben Gründen auch einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachte. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, wie die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Demission Abstand zu nehmen.
Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener
gez. v. Hindenburg.“

Die Teilung Schlesiens.

Beziehungslosigkeit im Preussischen Landtag.
Berlin, den 2. Juli 1926.
Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen beschäftigte sich der Landtag heute mit dem Gesetzentwurf über die Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.
In der Vorlage handelt es sich besonders um die Bildung getrennter Versicherungsanstalten, Landwirtschafts- und Forstwirtschaften usw.
Ein zu Anfang der Sitzung von der Deutschen Volkspartei gestellter Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss war abgelehnt worden.
In der allgemeinen Aussprache begrüßte Abg. Franz (Soz.) die Vorlage. Abg. Gartner (Dnt.) lehnt das Gesetz ab, da es eine untragbare Last für Oberschlesien sei. Auch der Kommunist Dreyer erklärt sich gegen das Gesetz, während sich Abg. Dreyer (Soz.) dafür einsetzt. Abg. Mechtenhain (Dnt.) erkennt zwar die Provinz Oberschlesien als bestehend an, lehnt aber die Vorlage in der Ausschussfassung ab, und fordert Wiederherstellung der Regierungsorgane. Dagegen wendet sich Ministerialdirektor V. Wendt. Die Regierungsvorlage habe die Frage der Trennung der Versicherungsanstalten offen gelassen. Nachdem aber der Ministerpräsident in einer Rede im Landtag die Trennung angetragt und eine Weidreit im Ausschuss beschlossen hat, ist die ursprüngliche Regierungsfassung erledigt.
Abg. Hermann (Sozialdem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Ausschussfassung. Abg. Garte (Dnt.) erklärt die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung für unannehmbar. Für die Sozialisten lehnt Abg. Wulle die Vorlage ab.
In der Abstimmung werden die ersten 7 Paragraphen angenommen. Zu § 8, wonach für jede der beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien eigene öffentlich-rechtliche Lebens-, Gaspflicht- und Feuerversicherungsanstalten errichtet werden, liegt ein Antrag Mechtenhain (Dnt.) - v. Kober (Dnt.) auf namentliche Abstimmung vor. In der Abstimmung beteiligen sich nicht die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei. Die Kommunisten, die nur schwach vertreten sind, stimmen mit Nein.
Es werden nur 193 Stimmen abgegeben. Das Hans ist beziehungslos. Die Sitzung ist damit beendet, die Erledigung der Vorlage kommt nicht mehr in Frage.
In einer neuen Sitzung wurden die Gesetzesentwürfe beraten. Abg. Weller (Dnt.) empfiehlt hierzu den Ausschussrat, der Bestimmung des Umfangs der Schäden,

Zurückziehung der Fürstenvorlage.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.
Berlin, 2. Juli.
Am Reichstag gehen heute wieder Gerüchte herum, die sich schwer nachprüfen lassen. Der gefregte Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, die Fürstenvorlage in dritter Lesung abzulehnen, ist den Regierungspartei ansehend doch überaus gekommen. Das Reichskabinett trat daraufhin heute zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Im Reichstag ging es schon in den Vormittagsstunden lebhaft zu. In den Ausführgimmern und Wandelgängen wurde eifrig die Frage erörtert, was nun werden soll. Von einer Reichstagsauflösung ist jedenfalls nicht mehr die Rede. Der am 1. Uhr angelegte Beginn der Vollversammlung wurde mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen auf 3 Uhr vertagt.

Der Verhandlungsbericht.

Das Haus zeigt heute das Gepräge eines „großen Tages“. Im Regierungskabinett: Reichskanzler Dr. Marx, Dr. Stresemann, Dr. Kütz und die anderen Mitglieder des Kabinetts. Mit Fernrufen sind erfüllt. Das Haus ist außerordentlich hart besetzt. Die Fraktionen sind fast vollständig vertreten.
Präsident Lübe eröffnet unter allgemeiner Spannung die Sitzung um 3 Uhr 30 Minuten. Er fündigt, um allen vorliegenden Arbeitsstoff aufarbeiten zu können, eine Abendigung, evtl. auch noch eine Sonnabenditzung an.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Fürstenvorlage.
Zunächst findet eine allgemeine Aussprache statt, in der als erster Abg. Wels (Soz.) eine Erklärung abgibt. Er weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Fraktion auf das eifrigste bestrebt war, in der Fürstenausschussfrage eine Lösung zu finden, die dem allgemeinen Empfinden und der großen Vorlage des deutschen Volkes Rechnung trägt. Die Verhandlungen der Regierungspartei vor dem Volksentscheid sind nicht gehalten worden. Sie haben unter dem Druck des rechten Flügel fast allen Verbesserungsanträgen der Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigert. Aus diesen zwingenden Gründen lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Zustimmung zu dem Gesetz ab. Eine andere Lösung ist notwendig, die nach dem vorliegenden Vorlagen dieses Reichstages nur von einem neuen Reichstag geschaffen werden kann.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert daher die sofortige Verlängerung des Sperrgesetzes und die Auflösung des Reichstages.
Abg. Graf v. Westarp (Dnt.) stellt fest, daß in den meisten Ländern die Auseinandersetzung mit den Fürsten auf dem Wege der privatbürgerlichen Regelung befriedigend gelöst worden ist. In Preußen war die Lage besonders schwierig, trotzdem kam es zu einem Vergleich infolge des weitgehenden Einigenkommens des Hohenzollernhauses. Der Redner stellt dann fest, daß seine Partei sich bemüht hätte, positiv mitzutreten. Maßgebend war allerdings für die Partei, daß die staatsbürgerlichen Grundrechte der Preussener Bevölkerung nicht verletzt werden durften. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion auch gestern und heute noch dem Reichskanzler und den Regierungspartei ihre Mitarbeit angeboten habe.
Darauf nahm sofort Reichskanzler Dr. Marx das Wort, um zunächst zu erklären, daß die Regierung auf die Weiterberatung des Gesetzentwurfes keinen Wert mehr lege und den Gesetzentwurf deshalb zurückziehe. Weiter gab er für die Regierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Regierung erwartet auf das bestimmteste, daß der vorliegende Entwurf aus den in ihm liegenden gewichtigen sachlichen Gründen doch schließlich mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden würde.
Falls diese Erwartung infolge des Verhaltens nur einer der Fraktionen nicht erfüllt hätte, hätte das Kabinett einstimmig beschlossen, vom Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu erbitten. Nachdem aber beide Fraktionen gegen die Annahme des Gesetzentwurfes gestimmt haben, kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung mehr bringen.
Das Kabinett hat ferner die Frage der Demission eingehend erörtert und war zu dem Entschluß gekommen, dem Herrn Reichspräsidenten die dem Herrn Reichskanzler zu stellen. Von diesem Entschluß hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf den ihr zuzugewandten demgegenüber Wunsch des Herrn Reichspräsidenten Abstand genommen, der aus innen- wie außenpolitischen Gründen einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachtet.
Ohne Aussprache wird hierauf die Vorlage auf Verlängerung des Sperrgesetzes zur Fürstenausschuss bis zum 31. Dezember 1926 in dritter Beratung mit 333 gegen 17 Stimmen bei 97 Enthaltungen der Deutschnationalen angenommen.
Der Entwurf zur Änderung des Reichsmietengesetzes wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kompromiß über die Lebensmittelzölle.

Die Verhandlung im handelspolitischen Ausschuss.
Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages setzte am Freitag die Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages fort. Dr. Hilferding (Soz.) wies darauf hin, daß die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien keinen Erfolg gehabt haben, und empfahl den von den Sozialdemokraten vorgelegten Gesetzentwurf, der die gegenwärtigen Lebensmittelzölle bis zum 1. Dezember verlängern will. Reichsernährungsminister Dr. Haselnde bezeichnete den sozialdemokratischen Entwurf als handels- und außenpolitischen Gründen als nicht tragbar für die Regierung. Die allgemeine Aussprache wurde dann geschlossen.
Von den Regierungspartei lag ein Antrag vor, der folgende Sätze für Lebensmittelzölle vorschlägt: Roggen, Weizen, Spelz 5 Mark, Futtergerste 2 M., Hafer 3 M., Mais und Datt 3,20 M., irisches Getreide 21 M., Schweinepud 14 M., Schmalz und schmaltartige Fett 6 M. Nach Abschlung kommunistischer und sozialdemokratischer Änderungsanträge sowie des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes auf Verlängerung der bisherigen Lebensmittelzölle bis zum 1. Dezember wurde der Antrag der Regierungspartei über neue Sätze mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen.
Die neuen Sätze sollen vom 1. August bis 31. Dezember gelten. Weiter wurde ein Antrag der Regierungspartei angenommen, der für die zur Margarineherstellung notwendigen Fett in Zollfuß von 1,25 Mark vorsteht. Schließlich wurde der Gesetzentwurf zur Änderung der Zollfüße und der deutsch-schwedische Handelsvertrag in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten angenommen.

Caillaux' Anleihepläne.

Die Goldreserve als Sicherheit.
In einer Pressemitteilung Caillaux', die sich mit der Frage der Goldreserven der Bank von Frankreich und ihrer Verwendung beschäftigt, heißt es u. a.:
Die anomalen Nachkriegsverhältnisse haben zum Verbot der Goldausfuhr und zur gesetzlichen Regelung der Goldbesitzung geführt. Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse legt entsprechende Übergangsmaßnahmen voraus. Die im Publikum vielfach verbreitete Ansicht, daß das Papiergeld durch einen in den Kellergewölben der Bank deponierten Goldbestand garantiert werden muß und der Wert jeder Banknote beeinflusst wird, wenn dieser Bestand irgendwelche Schwankungen erfährt, ist irrig. Der Franken hatte seine Stabilität vor dem Kriege vor allem der freien Goldausfuhr zu verdanken. Nur der freie Goldverkehr ermöglichte den glatten Umtausch der nationalen Währung in ausländische Währung.
Die von der Emissionsbank kontrollierte Goldausfuhr muß wieder einsehen, soweit sie zur Stabilisierung der Währung beiträgt oder wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Dieses System ist gesetzlich in England und wird auch in den meisten früher kriegerischen Staaten Europas wieder eingeführt. Vor der Rückkehr zu normalen Verhältnissen ist es notwendig, daß zur wirksamen Beeinflussung der Währungsschwankungen zu dem Mittel der auswärtigen Anleihen gegriffen wird, Anleihen, die bereits vor dem Kriege die Abwicklung internationaler Transaktionen ohne Nebenwirkung von Goldbeständen ermöglichten.

Teppich-Schragers' Saison-Ausverkauf

Läuferstoffe Bis 50% herabgesetzt Gardinen Teppiche Decken

nur Berlin, Invalidenstr. 141
1 Minute vom Stettiner Bahnhof